Quelle: agrar journal Nr.2/Jahrgang 2022



Herausforderungen und Chancen für die heimische Landwirtschaft

Zweifelsfrei stehen die heimischen Betriebe unter einem enormen wirtschaftlichen Druck. Die Teuerung in der Erzeugung, der große ordnungspolitische Einfluss, die teils realitätsfremden Wünsche der Gesellschaft und der zu geringe landwirtschaftliche Anteil in der ökonomischen Wertschöpfungskette von Grundnahrung sowie das herausfordernde Klima mit Trockenheit und Hitze umreißen die Schwierigkeiten. Mit diesen Schwierigkeiten verbunden ist zweifelsfrei die so wichtige Generationenfrage, besser bekannt als Hofnachfolge. Wer will und wird den Betrieb weiterführen?

Ganz neu und in starkem Zusammenhang mit dem Ukraine Krieg ist die erhöhte Bedeutung der Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln, bei uns in Europa aber vor allem für uns benachbarte Regionen wie Nordafrika und den Nahen Osten. Hier liegen Herausforderungen und Chancen ganz eng beieinander.

Im Folgenden möchte ich aus Sicht der unternehmerischen Praxis die wichtigsten Themen beschreiben und so versuchen, den Blick auch für Chancen zu eröffnen. In jeder Krise wohnt ja bekanntlich auch eine Chance.

Leben mit der Teuerung

Für Land- und Forstwirte ist es eine altbekannte Misere, dass die Erzeugerpreise in den letzten Jahrzehnten nicht mit dem Anstieg der Verbraucherpreise Schritt halten konnten. Der Agrarpreisindex (API) nahm über viele Jahrzehnte einen deutlich flacheren Verlauf als der Verbraucherpreisindex (VPI). Dies bedeutet, dass man als Erzeuger mit laufend geringeren Margen und Deckungsbeiträgen konfrontiert wird, oder aber über Kostenmanagement und Ertragszuwachs, vielleicht auch öffentliche Gelder, gegenzusteuern versucht. Seit langer Zeit war 2021 erstmals ein Anstieg der Erzeugerpreise zu spüren, beim Weizen ging es bspw. von € 180/t in Richtung € 250/t und der API konnte den VPI sogar überholen. Der Grund dafür lag in global steigender Nachfrage bei gleichzeitig mageren Ernten. Die Freude bei den Landwirten hielt aber nur kurz an, denn beinah zeitgleich verdoppelte sich im Spätherbst 2021 pandemiebedingt der Düngerpreis von KAS, Harnstoff und AHL. Schlussendlich schoss der Düngerpreis mit dem Ukrainekrieg nochmals in ungeahnte Höhen, kein



Wunder, kommen doch weltweit über 60 % des für die Erzeugung notwendigen Salzes Ammoniumnitrat (NH $_4$ NO $_3$) aus Russland. Die Aussichten auf erschwinglichen Dünger bleiben düster, die Preise für Harnstoff setzen sich bei \leq 1.000/t (Stand 2.9.2022) fest, bei gleichzeitig geringsten Verfügbarkeiten; und unverständlicherweise sinken gleichzeitig die Erzeugerpreise für Brotweizen.

Wenn wir davon ausgehen, dass sich an dieser Situation für das Erntejahr 2023 leider nichts Grundlegendes ändern wird, dann sollte sehr schnell eine umfassende innerbetriebliche Vollkostenrechnung darüber Aufschluss geben, mit welchen Feldkulturen sich noch Deckungsbeiträge/ha erwirtschaften lassen. Auch eine Stückkostenrechnung je Kultur nach dem Prinzip "was kostet mich eine Tonne Weizen/Rüben/Mais, ..." gibt großen Aufschluss über kostendeckende Erzeugerpreise und hilft auch bei der Suche nach dem optimalen Verkaufszeitpunkt. Da diese Rechnungen nicht so leicht anzustellen sind, vor allem nicht für pauschalierte Betriebe, sind hier entsprechende wissenschaftliche Institute im Dienst der Landwirtschaft aufgefordert, dies rasch zu tun und entsprechend zu veröffentlichen. Schnell kann sich so zeigen, dass die Betriebsmittel-intensiven (Vertrags-)Kulturen ohne signifikante Preisänderungen wie Kartoffel, Zuckerrüben, Kürbis drastisch an Attraktivität gegenüber Getreide, Mais und Soja, im Speziellen auch Raps, einbüßen. Auch die freiwilligen politischen Maßnahmen, vor allem im Bereich des Agrarumweltprogrammes, sollten in Anbetracht der Teuerung auf ihre Wirtschaftlichkeit hin geprüft werden, schließlich sollen ja Umweltmaßnahmen auch einen ökonomischen Anreiz liefern. Da eine Inflationsabgeltung agrarpolitisch nicht vorgesehen ist, sehe ich die Wirtschaftlichkeit einiger Maßnahmen wie diejenigen der Begrünung, gefährdet. Die Folge könnte ein vermehrter ÖPUL Ausstieg der Betriebe sein, was wiederum die heimische Erfolgsgeschichte von über 80 % Beteiligung beendet.

Um sich gegen die Inflation zu wehren, sollten also alle Erzeugungen auf ihre Wirtschaftlichkeit unter den neuen Umständen durchleuchtet werden, es sollte ein betriebliches Spar- und Effizienzprogramm aufgesetzt werden. Besonders dem organischen Wirtschaftsdünger als Teilersatz von Handelsdünger kommt erhöhte Bedeutung zu, auch wegen der Kreislaufwirtschaft; damit wiederum bekommt die Nutztierhaltung eine ganz neue Bedeutung – glücklich, wer auf organischen Wirtschaftsdünger zurückgreifen kann! Wenn Politik und Gesellschaft es also ernsthaft meinen mit mehr Kreislaufwirtschaft und weniger Handelsdünger, dann sollten Nutztierhaltung, Futtererzeugung und auch Fleischkonsum in einem freundlicheren Licht gesehen werden.

Risikofaktor Ordnungspolitik und Versorgungssicherheit

Die Gemeinsame Agrarpolitik gewinnt in Krisenzeiten zweifelsfrei an Bedeutung, einmal als Abfederung der Teuerung und stabilisierender Faktor für Landwirte aber auch Konsumenten, weiters in ihrer Funktion als Sicherstellung von Produktionsstandards rund um Tier-/ Umwelt- und Verbraucherschutz. So kann die GAP erreichen, dass die Landwirte sowohl für die Einhaltung der EU-Standards als auch der Erbringung ökologischer Leistungen unterstützt werden und damit

ihre Produktion zu erschwinglichen Preisen aufrecht erhalten können, was in Zeiten der Inflation von essentieller dämpfender Bedeutung ist! Das Ganze zu sehr überschaubaren öffentlichen Kosten — umgerechnet werden für die GAP weniger als 1 % der durchschnittlichen Steuereinnahmen der EU-Mitgliedstaaten aufgewandt, also mehrfach ein "gutes Geschäft" für die Gesellschaft.

Die globale Knappheit von Nahrungsmitteln, welche sich schon vor dem 24.2, ankündigte, manifestierte sich mit Beginn des Ukraine-krieges immer deutlicher. Bis heute kann niemand abschätzen, ob in der Ukraine eine große oder kleine Ernte gewachsen und eingefahren wurde und wie gut bzw. schlecht die Vermarktung funktioniert. Kaum vorzustellen, dass alles reibungslos ablaufen wird. Ebenso Russland – auch wenn dort angeblich eine gute Ernte eingebracht wurde, kann ich mir nicht vorstellen, dass Russland ohne Behinderung alle nachfragenden Märkte bedienen wird.

Europa als weltgrößter Brotgetreideerzeuger ist also gut beraten, zumindest in einer "stand by" Position zu bleiben und überall auszuhelfen, wo Knappheiten sich ankündigen. Sicherheitspolitik mit Brotgetreide — auch das ist eine Lehre aus dem Kriegsjahr! Es ist zu befürchten, dass hier in den nächsten Monaten noch gehörige Herausforderungen zu bewältigen sind. Klar ist, dass nur eine starke europäische Landwirtschaft diese sicherheitspolitische Rolle wahrnehmen wird können.

Umso unverständlicher ist es, dass die EU-Kommission mit ihrem Vorschlag zum Green Deal bis 2030 das genaue Gegenteil anstrebt, nämlich eine Verkleinerung und Schwächung der Landwirtschaft: 50 % Reduktion von Pflanzenschutz, 25 % verordnete biologische Landwirtschaft und 20 % Reduktion an Düngemitteln. Zusätzlich noch die Freigabe der Brachflächen zur Produktion. Neben der Schwächung also auch noch eine negative Maßnahme für Umwelt und Natur! Das alles scheint wenig durchdacht und koordiniert. Wird dies so umgesetzt, dann wird Europa weder Umweltvorbild sein noch ein starker Agrarkontinent, sondern vielmehr als Käufer von Grundnahrung am Weltmarkt auftreten und damit Preise treiben und Ärmeren die wichtigen Nahrungsmittel vor der Nase wegschnappen; zusätzlich würde über die vermehrten Importe der CO2-Ausstoß signifikant angetrieben werden. In dieses verzerrte Bild passt sehr gut der impulsive UN-Auftritt von Ratspräsident Charles Michel im Frühjahr '22, er warf Russland vor, für den Welthunger verantwortlich zu sein. Und was tut Europa als größter Brotgetreideerzeuger - ordnungspolitisch die Landwirtschaft verkleinern?

Die einfache Formel unter den gegebenen Umständen müsste lauten: Erhaltung und Förderung der nachhaltigen Ertragskraft der europäischen Landwirtschaft zur Versorgungssicherung von Europa sowie von Regionen in Not bei gleichzeitiger Förderung und Erhaltung der umweltrelevanten Maßnahmen für Biodiversität im Sinne einer intakten Natur. Wer, wenn nicht wir Europäer, sind dazu aufgerufen, den Beweis dafür anzutreten, dass eine nachhaltige Erzeugung nicht auf Kosten der Natur sein muss, sondern im Gleichklang mit dieser funktionieren kann? Wir sollten diesen aktuellen Arbeitsauftrag annehmen und uns auf unsere Stärken besinnen, die da sind: Familienbetriebe und Privateigentum, fruchtbare Kulturlandschaften, gut ausge-



bildete Bewirtschafter mit exzellenter technischer Ausstattung, freie Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen, sichere politische Verhältnisse mit stabilen Demokratien und ein immer noch gemäßigtes Klima. Es liegt an der Politik hier entscheidend mitzuhelfen, damit die Stärken erhalten bleiben und entsprechende Initiativen und Anreize gesetzt werden.

Die große Hitze

Apropos Klima. Den Sommer 2022 werden wir so schnell nicht vergessen, schonungslos hat das Extremwetter mit langen Hitze- und Trockenperioden Grenzen und Schwachstellen aufgedeckt und Ernteschäden angerichtet. Um dem gegenzusteuern, muss die Feldberegnung zum Wasserausgleich und zur Abkühlung weiterentwickelt werden. Hier braucht es große Ideen, wie beispielsweise die Wasserleitungslegung von der Donau ins Weinviertel. Mit nur 10 m³/sec Entnahme, bei einem durchschnittlichen Donaudurchfluss (Messstelle Korneuburg) von über 1.000 m³/sec, könnten so in einer Zeit von 4 Monaten bereits 100.000 ha mit knapp 100 l/m² bewässert werden; zusätzlich könnte so ein Projekt eine Vielzahl an Biotopen schaffen und das Kleinklima und die Biodiversität entscheidend fördern. Das Donauwasser würde die Ernten im Weinviertel absichern und damit Landwirte retten, regionale Wertschöpfung schaffen, die Versorgungssicherheit erhöhen und die Umwelt entscheidend verbessern. Die Vorstellung allein lässt einen schon ins Schwärmen kommen! Solche und ähnliche Projekte wurden bisher aber immer nur angedacht, nie aber hat sich die Politik wirklich dahinter gestellt, man scheiterte immer am ökologischen Kleingeist. So lassen wir derzeit Hitze und Trockenheit freien Lauf, anstatt Oasen für die Natur zu schaffen und Ernten abzusichern.

Ungesicherte Hofnachfolge

Eine ganz andere Herausforderung stellt sich in der Betriebsnachfolge. Eine vom Land NÖ sowie Erste Bank Österreich und Gut Hardegg geförderte WU-Studie (2016) unter 1.000 Landwirten in Niederösterreich deckte auf, dass mehr als 50 % der Betriebe mit Betriebsleitern im Alter 50-55+ keine gesicherte Nachfolge aufweisen. Offenbar wollen die Jungen nicht mehr vorbehaltlos den Betrieb übernehmen. Die Analyse zeigte, dass das Gefühl vorherrscht, das "alles in den Betrieb gesteckt wird, aber zu wenig zurückkommt". Darunter verstehen die Befragten nicht nur monetäre Anerkennung für die Leistungen, sondern vor allem gesellschaftliche Wertschätzung. Landwirte fühlen sich im öffentlichen Diskurs oftmals in die Defensive gedrängt, gerade bei der aktuellen Klimadebatte vergeht kein Fernsehbericht ohne die ausführliche Darstellung der klimatischen Verwerfungen einer modernen Landwirtschaft auf der Höhe der Zeit. Im Gegenzug werden dann meist anachronistische Theorien aufgestellt und realitätsfremde Beispiele gezeigt, wie es gehen sollte. Hier sollte die Landwirtschaft mit Fakten und Bildern, vor allem Positivbeispielen entschieden entgegenwirken und so auf eine ausgleichende Berichterstattung drängen.

Die Hofnachfolge kann am besten dadurch gesichert werden, wenn die Betriebe verantwortungsvolle Aufgaben im Sinne der Gesellschaft übertragen bekommen, etwa die Erhaltung der Artenvielfalt, und dabei entsprechend unterstützt werden. Ein junger Landwirt, der erzählen kann, was er alles tolles für die Natur tut, wird sich großer Beliebtheit erfreuen und so die Attraktivität seines Berufes und seiner Person signifikant erhöhen. So nebenbei werden er/sie auch Spaß dabei haben.

Alles hängt an der Wirtschaft

Trotz der besonderen Gegebenheiten rund um die Landwirtschaft sollten wir nicht vergessen, dass sie Teil der Wirtschaft ist und zwar der Realwirtschaft auf der ersten Stufe der Wertschöpfung. Wie es der Branche zukünftig gehen wird, hängt daher auch zum Gutteil an der wirtschaftlichen Gesamtlage. Eine länger dauernde Inflation wird rasch zu einer Rezession führen. Dies wiederum wird Firmenpleiten und hohe Arbeitslosenzahlen nach sich ziehen. Der Aufschwung kann länger auf sich warten lassen. Von all dem spüren wir derzeit noch wenig, allerdings ziehen die Vorzeichen am Wirtschaftshimmel bereits auf. Leider haben Europa und die Zentralbank EZB auch hier zögerlich agiert. Anstatt zu erkennen, dass eine Inflation großen Schaden bei Wirtschaft und Menschen anrichtet und entschieden bekämpft werden muss durch Zinsschritte und die Verknappung der Geldmenge, ließ man die Dinge laufen und reagierte erst, als es zu spät war. Die gegenwärtige Krise zeigt sehr schön, dass der Euroraum weniger auf Geldwertstabilität setzt, sondern vielmehr eine Fragmentierung Nord-Süd innerhalb des Euroraumes verhindern will. Damit wird der Euro zu einer Weichwährung, was der Glaubwürdigkeit dieser jungen Währung nicht zuträglich ist und den Ehrgeiz der Mitgliedstaaten für Reformen nicht fördert.

Für Österreich als Hochsteuerland wäre eine Entlastung von Wirtschaft und Unternehmen punkto Steuern und Abgaben natürlich jetzt sehr hilfreich und in Anbetracht der Rekordsteuereinnahmen von über 100 Mrd., € auch irgendwie angebracht. Gemeindeabgaben, ÖGK Beiträge, Grundsteuern und Dienstgeberabgaben sowie die Einkommensteuer drücken schwer auf die Betriebe, besonders in Zeiten der Teuerung und trüben Aussichten. Bleibt Österreich ein Land mit einer erdrückend hohen Abgabenquote von 50 %, dann werden wir gerade jetzt massiv an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Auch die Landwirtschaft.

Schlussfolgerungen

Europa hat in der gegenwärtigen Krise die Chance, seine Rolle als wichtiger Agrarkontinent zu unterstreichen und Sicherheitspolitik mit Brotgetreide zu betreiben und damit auch den Regionen in Not rasch zu helfen und ein klares Angebot des europäischen Westens zu legen. Über eine Stärkung der EU-Landwirtschaft könnten die Landwirte den Beweis antreten, dass eine moderne Landwirtschaft auf der Höhe der Zeit nicht im Gegensatz zu Natur- und Klimaschutz steht, ganz im Gegenteil, diese erst ermöglicht.



Österreich hat als Land mit einer extrem hohen Steuer- und Abgabenquote eine besonders herausfordernde Situation; gelingt es nicht, Wirtschaft und Unternehmer zu entlasten, dann wird gerade in der Krise massiv Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt werden. Die Landwirtschaft muss sich sehr anstrengen, die Teuerung weiterzugeben, vor allem in den vertraglich gebundenen Produktionen außerhalb des freien Marktes. Nur eine Deckungsbeitragsrechnung bzw. Stückkostenrechnung auf Vollkostenbasis kann über die Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit einzelner Produktions- und Anbauverfahren Aufschluss geben.

Den wissenschaftlichen Instituten kommt die wichtige Aufgabe zu, die Landwirtschaft bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen zu unterstützen. Damit kann auch ein wesentlicher Beitrag bei der Betriebsübergabe und Hofnachfolge geleistet werden.

Österreich sollte sich unbedingt aktiv in die Überarbeitung des Green Deal einbringen und mithelfen, dass die Neupositionierung der Landwirtschaft sich an den gegenwärtigen Herausforderungen ausrichtet. Eine nachvollziehbare Neupositionierung unter Einbindung der Landwirtschaft bei gleichzeitiger Übertragung von Verantwortung an ebendiese würde zweifelsfrei zu einem Motivationsschub der Landwirte führen und die Attraktivität des Berufes heben. Nur wenn es der Gesellschaft gelingt, den Landwirten die Sinnhaftigkeit ihrer Tätigkeiten über eine entsprechende Wertschätzung zu vermitteln, werden regionale Versorgung und eine reiche, satte Natur voll von Leben Wirklichkeit werden. Das muss kein Traum sein.

Der Autor DI Maximilian Hardegg ist Landwirt und bewirtschaftet Gut Hardegg in NÖ. Gut Hardegg gehört zu den größten Betrieben des Landes und setzt einen Schwerpunkt auf die Themenbereiche Artenvielfalt und Biodiversität. Maximilian Hardegg hat Agrarwissenschaften an der TU München Weihenstephan studiert und engagiert sich neben der Betriebsführung für Wirtschaft und Landwirtschaft.

